

# Fluten bitte anderswo

Nach jedem Hochwasser ertönt der Ruf nach besseren Schutz. Die Erfahrung der vergangenen Jahre aber zeigt: Die hehren Pläne gehen im Strudel der Interessen unter  
VON IVO MARUSCZYK

Als die Elbe im Dresdner Stadtteil Gohlis übet den Deich schwappt, stehen Fernsehreporter knöcheltief in der schlammig-kakaobraunen Brühe und melden aufgeregt »Land unter«. Immer mehr Wasser fließt aus den tschechischen Mittelgebirgen nach, der erste große Frühlingsregen hat dort die Schneeschmelze beschleunigt. In Pirna und Meißen gurgelt der Strom durch die Innenstadt, flussnahe Häuser werden evakuiert. Katastrophentouristen begaffen, wie Gartenlokale versinken. Auch in Bayern haben Tauwettertage mit Regen in den Alpen am Unterlauf der Donau in den vergangenen Tagen und Wochen wieder Erinnerungen an die dramatische Flut vom August 2002 wachgerufen.

Als Sachsen damals in den Wassermassen der Elbe und ihrer Nebenflüsse versank, kamen 21 Menschen ums Leben. Die Fluten beschädigten oder zerstörten 25 652 Wohngebäude, 236 Schulen und sieben Krankenhäuser. 50 000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen. 180 Brücken, 750 Kilometer Straßen und 540 Kilometer Schienen wurden weggestrudelt—allein in Sachsen. So etwas, hieß es damals, sollte sich nicht wiederholen.

Und dennoch war es nur eine Frage der Zeit, bis das Wasser wieder durch die Straßen von Dresden-Gohlis strömen würde. Schon 2005 hatte die Schneeschmelze dort den Deich ramponiert; er wurde notdürftig zusammengeflickt. Ein höherer Flutwall, der den Stadtteil schützen könnte, existiert nur auf dem Papier – so wie an vielen Orten. »Dreieinhalb Jahre nach der großen Flut ist vieles vergessen«, bilanziert der Hydrologe Uwe Grünewald von der TU Cottbus. Ein Verdrängungsprozess hat eingesetzt, der erstaunlicherweise nicht nur Politiker, sondern auch Anwohner erfasst. In einer Studie zu den Überschwemmungen in Bayern 1999 hat das dortige Landesamt

für Umwelt festgestellt, dass selbst bei den Direktbetroffenen die Erinnerung daran nach sechs Jahren deutlich verblasst war. »Deswegen müssen wir bei der Umsetzung von Projekten schnell sein. Mit jedem Tag Abstand vom Hochwasser wird es schwerer, sie durchzusetzen«, sagt Albert Göttle, der Präsident des Landesamts.

Die Bilanz der Hochwasserschutzpolitik fällt zwiespältig aus. Einerseits haben die Flutkatastrophen von 2002 und 1999 durchaus ein Umdenken gebracht; vielerorts wurden neue Deiche geplant, Risikogebiete ausgewiesen, Meldewege gestrafft und zum Teil zentrale Instanzen geschaffen. Der Bund hat ein neues Hochwasserschutzgesetz erlassen und Geld zur Verfügung gestellt. Bayern kann jährlich 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz ausgeben, Sachsen immerhin 60 Millionen. Doch an vielen Orten hakt es mit der Umsetzung. Manche Schutzmaßnahmen stecken seit Jahren fest, die Projekte verheddern sich im Dickicht aus Kompetenzstreit und lokalen Interessen.

Nicht dass gar nichts passiert wäre. Sachsen beispielsweise litt 2002 nicht nur unter der Flut, sondern auch unter einem Informations-Chaos. »Hier hat es vorübergehend schwer gescheppert«, erinnert sich Uwe Grünewald. Inzwischen hat das Land Konsequenzen gezogen: Jetzt sind alle Kompetenzen in einer Hochwasserzentrale gebündelt. In Dresden hat man die meterhohen Geschiebe-Barrieren aus dem Flussbett gebaggert, die damals den Abfluss des Wassers behindert hatten. Zugebaute Entlastungsrinnen wurden wieder freigelegt. Selbst das Projekt einer Talsperre an der Müglitz, seit der Wende immer wieder verschleppt und beinahe gekippt, ist mittlerweile fertig.

Auch die Vorhersage mache große Fortschritte, sagt Markus Disse von der Bun-

deswehr-Universität München. Den Hydrologen stehen heute mehr Messdaten denn je zur Verfügung, sie können den Weg des abfließenden Wassers sehr genau berechnen. Das gibt Zeit, den Wasserstand in Talsperrren abzusenken, um Reserven zu schaffen, bedrohte Deiche zu verstärken oder wenigstens Hab und Gut in Sicherheit zu bringen.

Dennoch sind Hydrologen wie Uwe Grünewald nicht glücklich. »Immer wieder donnert uns kleinkariertes Denken dazwischen«, klagt der Dresdner. Statt rasch neue Deiche, Polder oder Brücken anlegen zu können, müssen die Hochwasserschützer oft zermürbende Kämpfe mit den Betroffenen führen. Sogar in Orten, denen das Wasser regelmäßig bis zum Hals steht, werden Hochwasserschutz-Vorhaben mit Einsparungen torpediert, bis es zu spät ist.

Zu traurigem Ruhm in dieser Disziplin hat es das Dorf Eschenlohe nördlich von Garmisch-Partenkirchen gebracht. Mittlerweile wird es »das Dorf der Unbelehrbaren« genannt. Regelmäßig steht der Ortskern unter Wasser – im August 2005 ebenso wie beim Pfingsthochwasser 1999. Das Hauptproblem in Eschenlohe ist eine hundert Jahre alte Brücke, an deren Mittelpfeiler sich bei Hochwasser immer wieder mitgeschwemmte Bäume verkeilen. »Verklauung« nennen die Fachleute ein solches Hindernis aus Treibgut.

Seit Jahrzehnten ist klar: Eschenlohe braucht eine neue Brücke und neue Dämme. Doch jeder Plan des Wasserwirtschaftsamt Weilheim wurde im Ort mit allen Mitteln bekämpft. »Man traut seinen Ohren nicht, was da an Einsprüchen kam«, beschreibt Amtschef Peter Frei die zermürbenden Debatten. Meist ging es um die Gestaltung der Deiche. Mittlerweile liegt der siebte Bauentwurf vor: Die Loisach soll in einem neuen Bett mit steiler Böschung durch den Ort rauschen. Auch gegen diesen Plan gab es mehr als hundert Einwände. Für den Donnerstag dieser Woche war geplant, feierlich den Planfeststellungsbeschluss zu übergeben. Mitte April soll die alte Brücke abgerissen sein, im Sommer der Verkehr über den Neubau rollen. Doch Wetten dar-

auf würde niemand abschließen. Das Beharungsvermögen der Eschenloher ist groß. Sie haben einen Runden Tisch einberufen, an dem Experten mit den Anwohnern die noch immer strittigen Fragen klären sollen. Derweil blickt Peter Frei besorgt hinauf in Richtung Zugspitze: In den Werdenfelser Alpen liegt jede Menge Schnee. »Ich will nicht noch ein vermeidbares Hochwasser in Eschenlohe«, sagt der Amtschef.

Kaum leichter haben es die Behörden im sächsischen Grimm. Im August 2002 soff die Stadt bis zu 3,50 Meter tief ab. Mit nie gesehener Wucht schoss die Mulde durch die Straßen der kleinen Stadt. Damit sich das Szenario nicht wiederholt, soll eine drei Meter hohe Betonmauer errichtet werden. Für das Stadtpanorama wäre dieses Sperrwerk natürlich kein Gewinn. Deswegen fordern die Grimmaer vehement ein quasi unsichtbares Bollwerk, das Teile der jahrhundertealten Stadtmauer mit einbezieht oder sich hinter der Fassade bestehender Gebäude versteckt. Diese Extrawünsche würden die Kosten der geplanten Flutmauer allerdings fast verdoppeln, von geschätzten 2,6 auf 4,9 Millionen Euro. Den Einwand, dafür sei kein Geld vorhanden, lässt Bürgermeister Matthias Berger locker abtropfen: Dann müssten eben andere Kommunen ihren Hochwasserschutz später bekommen. Auch bei der Festlegung gefährdeter Gebiete prallen die Interessen aufeinander. Nach dem neuen Hochwasserschutzgesetz müssen die Länder flächendeckend Überschwemmungsgebiete kenntlich machen. Dort darf dann nur noch unter strengen Auflagen gebaut werden. In Sachsen hängen Risikokarten schon öffentlich aus - zum Ärger vieler Grundbesitzer, für die eine Lage im Überschwemmungsgebiet Wertminderung bedeutet. Im wasserreichen Bayern sind bereits Überschwemmungsgebiete für 1400 Flusskilometer amtlich festgestellt. Die Karten für die übrigen 3500 Kilometer hat Göttles Landesamt noch in der Schublade. Denn vor dem Beschluss muss die betroffene Gemeinde angehört werden. »Diesen Dialog nutzen die Kommunen oft, um den Prozess hinauszuzögern«, klagt Göttle.

Eine der schärfsten Waffen im Arsenal des Hochwasserschutzes wäre der Bau von Poldern, also von Überschwemmungsflächen, die im Notfall geflutet werden können, um flussabwärts liegende Städte vor dem Schlimmsten zu retten. Doch bei deren Planung zeigt sich der Widerspruch zwischen den Zielen des Hochwasserschutzes und den Wünschen der Bremser vor Ort besonders deutlich: Jeder ist für Polder, bloß nicht vor der eigenen Haustür.

In Münchsmünster, östlich von Ingolstadt, ist einer von sieben bayerischen Poldern geplant: 380 Hektar groß könnte er werden. Im Ernstfall soll er den Scheitel der Donau-Flutwelle am Kloster Weltenburg, in Kelheim und Regensburg kappen. Alle 20 Jahre, rechnen die Behörden vor, müsste man den Polder fluten. Die Bauern würden dann für Ernteausfälle entschädigt. Doch denen reicht die angebotene Summe nicht. Sie argumentieren, das Wasser könnte Glassplitter und Schadstoffe auf ihre Äcker spülen, was zu weiteren Ernteausfällen führt. Die Anwohner wiederum fürchten einen steigenden Grundwasserspiegel, der ihre Keller unter Wasser setzen konnte. Einem Gutachten des Wasserwirtschaftsamts, das sie in dieser Hinsicht beruhigen soll, glauben sie nicht.

Ähnliche Beispiele finden sich zuhauf: Die hessische Gemeinde Trebur wehrt sich seit Jahrzehnten erfolgreich gegen einen Rhein-Polder. Dieser könnte bei der nächsten Flut Koblenz und Köln retten. Schon Joschka Fischer kämpfte als Umweltminister für das Projekt. Doch die Rheinstädte hoffen vergeblich auf die Solidarität der Hessen.

Von einer bestechend einfachen Idee würden 40 000 Menschen am Unterlauf des Flüsschens Mangfall in Oberbayern profitieren. Die Mangfall durchquert zuvor den Tegernsee, den Buen Retiro der besseren Münchner Kreise. Mit einer Wehranlage könnte man den Pegel dieses Sees regulieren und so Hochwasserspitzen abfangen. Doch den Tegernsee-Anrainern ist ihr Hemd näher als die Hose der Nachbarn flussabwärts. Was, wenn der See künftig höher gestaut wird - geraten dann ihre Weinkeller in Gefahr? Die Behörden beteu-

ern, so weit würde es nicht kommen. Dennoch formiert sich Widerstand. »Wir befürchten, dass dem Freistaat im Katastrophenfall die Unterlieger wichtiger sind als die Oberlieger«, protestiert der Tegernseer Bürgermeister Peter Janssen. Ohne langwierige Anhörungen, Klagen, Gutachten und Gegengutachten wird sich das Projekt nicht umsetzen lassen.

Die Zusammenarbeit der Bundesländer klappt kaum besser. Jedes Land zieht seine eigenen Lehren aus den Fluten — manchmal mit entgegengesetzten Ergebnissen. Niedersachsen etwa hat die Bäume im Vorland der Eibdeiche gerodet - das Gehölz könnte bei Hochwasser zum unerwünschten Hindernis werden. Wenige Kilometer flussaufwärts hat Brandenburg seine Deichlinie zum Teil zurückverlegt und pflanzt auf dem Deichvorland fleißig Bäume. Die Vegetation soll den Wasserfluss abbremsen.

Ob Schneeschmelze oder spätsommerliche Vb-Wetterlagen (»fünf b«) mit Genua-Tief: Diese Ereignisse werden weitere Hochwasser bringen. Doch wenige trockene Jahre genügen, damit die Menschen die Gefahr vergessen. Dann werden Gelder wieder gekürzt, Deiche bröseln vor sich hin, Neubauten werden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. »Wenn es 20 Jahre kein Hochwasser gibt, dann ist man der Rufer in der Wüste«, beschreibt der bayerische Landesamtschef Albert Göttle sein Dilemma. Der Dresdner Uwe Grünwald bestätigt: «Jetzt hat Hochwasser wieder Medienkonjunktur. Die müssen wir nutzen.»

DIE ZEIT,  
6. April 2006